

**Berichtswesen
der Stadt Brunsbüttel
II. Quartal 2021 -
Gesamtbericht öffentlich**

Inhaltsverzeichnis

1.	Haushalts- und Finanzbericht.....	1
1.1	Haushaltsdaten.....	1
1.2	Kennzahlen	1
1.3	Entwicklungen	1
1.4	Entwicklung der Fachbereichsbudgets.....	2
1.5	Stand der Investitionsbudgets.....	2
1.6	Liquiditätsentwicklung	2
1.7	Anlagenportfolio.....	3
1.8	Kredite	4
1.9	Kreditportfolio	4
1.10	Zusammenfassung.....	5
1.11	Steuerhebesätze.....	6
2.	Sozialdatenbericht.....	7
2.1	Entwicklung der Sozialstaffel- und BuT-Fälle	7
2.2	Entwicklung der Wohngeld- und Asylbewerberfallzahlen	7
3.	Bericht der Gleichstellungsbeauftragten über Maßnahmen, Veranstaltungen etc. zum 30.06. und Bericht über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Frauenförderplan alle 2 Jahre	8
4.	Bericht über städtebauliche Konzepte/Stadtsanierungskonzepte	10
4.1	Städtebauliche Konzepte (bis 30.06. des Jahres)	10
4.1.1	Umsetzung der Städtebauförderung 06/2021	12
4.1.2	Beamtenviertel und angrenzende Straßen:	12
4.1.3	Brunsbüttel-Ort	13
5.	Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Ratsversammlung und der Ausschüsse über das Programm Allris.....	14
5.1	Öffentliche Berichte	14
6.	Personalbericht	24
6.1	Entwicklung der Mitarbeiterzahlen.....	Fehler! Textmarke nicht definiert.
6.2	Entwicklung der Personal- und Personalnebenkosten.....	25
6.3	Entwicklung der Kosten für die Leistungsorientierte Bezahlung (LOB).....	25
6.4	Daten Ausbildung und Praktika	26
6.5	Arbeitssicherheit	27

6.6 Ausblick..... 27

1. Haushalts- und Finanzbericht

Lagebericht II. Quartal 2021

1.1 Haushaltsdaten

Haushaltsdaten	Plan	Prognose	Veränderung Plan/Prognose
Erträge (Gesamt ohne iLV)	41.937.000,00 €	46.691.831,70 €	4.754.831,70 €
Aufwendungen (Gesamt ohne iLV)	50.550.300,00 €	51.145.883,00 €	595.583,00 €
nachrichtlich davon Personalaufwendungen	14.415.400,00 €	14.415.400,00 €	- €
nachrichtlich davon Zinsaufwendungen	593.500,00 €	593.500,00 €	- €
Jahresergebnis	- 8.613.300,00 €	- 4.454.051,30 €	4.159.248,70 €

1.2 Kennzahlen

Kennzahlen	Plan	Prognose	Veränderung Plan/Prognose
Aufwandsdeckungsrad (Zielwert 100)	82,96%	91,29%	8,33%
Personalintensität (Personalaufwendungen/ Gesamtaufwendungen)	28,52%	28,18%	-0,33%
Zinslastquote (Zinsaufwendungen/ Gesamtaufwendungen)	1,17%	1,16%	-0,01%
Jahresfehlbetrag je Einwohner	- 674,81 €	- 348,95 €	325,86 €
Einwohnerzahl am Jahresanfang	12.764	12.764	0

1.3 Entwicklungen

Positive Entwicklungen:

- Erhöhte Gewerbesteuererträge aus Einmaleffekten
- Förderung Digitalpakt Schule
- Einsparung durch Absage Jubiläum 125 Jahre NOK

Negative Entwicklungen

- Die Kürzung der Kreditermächtigung im Rahmen der Haushaltsgenehmigung konnte durch Maßnahmen im laufenden Jahr bisher nicht kompensiert werden und verringert damit zusätzlich zu dem negativen Ergebnis aus der laufenden Verwaltungstätigkeit die Liquidität.
- Mehrbelastungen aus dem Finanzausgleich
- Mehrbelastung bei den Beteiligungen und Städtebauförderung Beamtenviertel
- Ursächlich verantwortlich ist die strukturelle Situation durch zu viele Aufgaben und damit verbundene Aufwendungen und zu geringe Erträge.

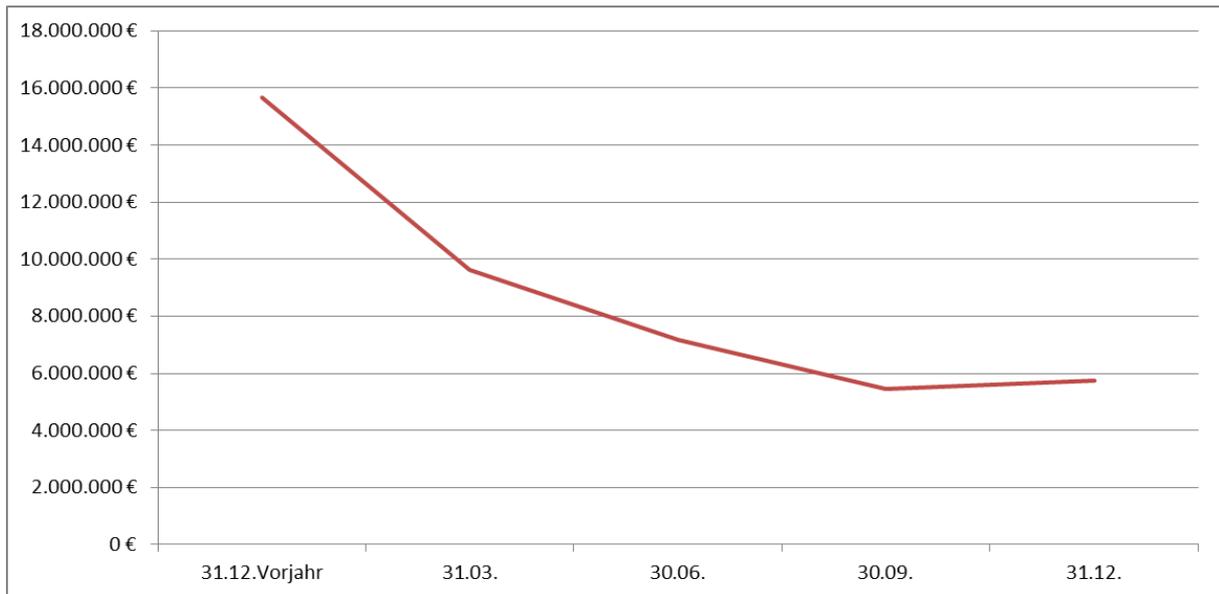
1.4 Entwicklung der Fachbereichsbudgets

Spalte1	Fachbereich 1 Zentrale Aufgaben und Verwaltungssteuerung	Fachbereich 2 Bürgerdienste und Sicherheit	Fachbereich 3 Bauamt	Stabsstelle 1 Finanzen	Stabsstelle 2 Stadtmanagement
Plan	-16.211.800,00 €	-864.300,00 €	-4.830.800,00 €	16.980.300,00 €	-536.200,00 €
Prognose	-15.739.500,00 €	-864.300,00 €	-4.830.800,00 €	20.367.249,00 €	-236.200,00 €
Abweichung	472.300,00 €	0,00 €	0,00 €	3.386.949,00 €	300.000,00 €

1.5 Stand der Investitionsbudgets

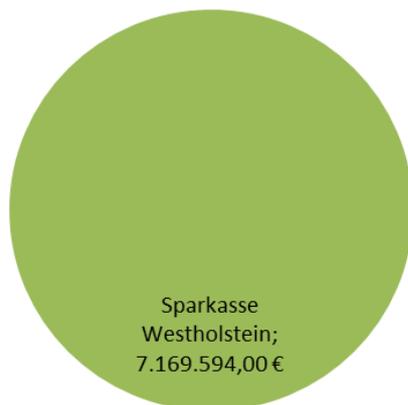
Investitionsmaßnahmen	Saldo Einzahlungen/Auszahlungen Investitions-Finanzmaßnahmen Plan incl. Budgetverschiebungen	Budget verfügt
Fachbereich I	34.200,00	307.631,21 €
Fachbereich II	-471.000,00	-538.772,45 €
Fachbereich III	-5.586.400,00	-2.959.072,41 €
Stabsstelle 1	8.392.600,00	-3.286.184,42
Stabsstelle 2	-6.000,00	0,00 €
Stand der nicht verausgabten Ermächtigungen aus Vorjahr/en		4.439.959,14 €

1.6 Liquiditätsentwicklung



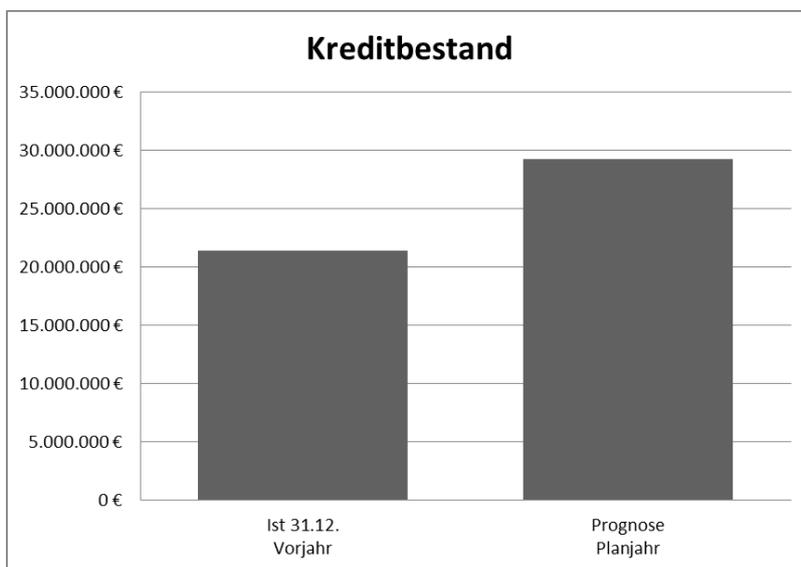
1.7 Anlagenportfolio

Institut	Betrag	Quote
Sparkasse Westholstein	7.169.594,00 €	100%
davon Termin-/Tagesgeld	1.500.000,00 €	
Gesamt	7.169.594,00 €	100%



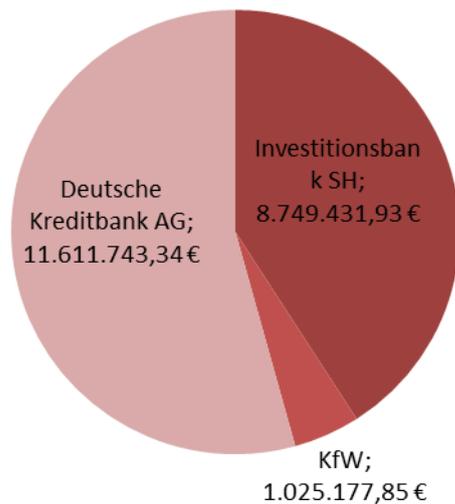
1.8 Kredite

Spalte1	Ist 31.12. Vorjahr	Aufnahme/Tilgung Planjahr	Prognose Planjahr
Investitionskredite	€ 21.386.353,12	€ 8.300.000,00	€ 29.254.653,12
Tilgung		€ 431.700,00	
Kassenkredite	€ -	€ 3.495.600,00	€ 3.495.600,00
Tilgung		€ -	



1.9 Kreditportfolio

Institut	Anzahl	Summe Restvaluta 31.12. des Vorjahres
<u>Investitionsbank SH</u>	<u>6</u>	<u>8.749.431,93 €</u>
<u>KfW</u>	<u>2</u>	<u>1.025.177,85 €</u>
<u>Deutsche Kreditbank AG</u>	<u>3</u>	<u>11.611.743,34 €</u>
<u>Summe</u>		<u>21.386.353,12 €</u>

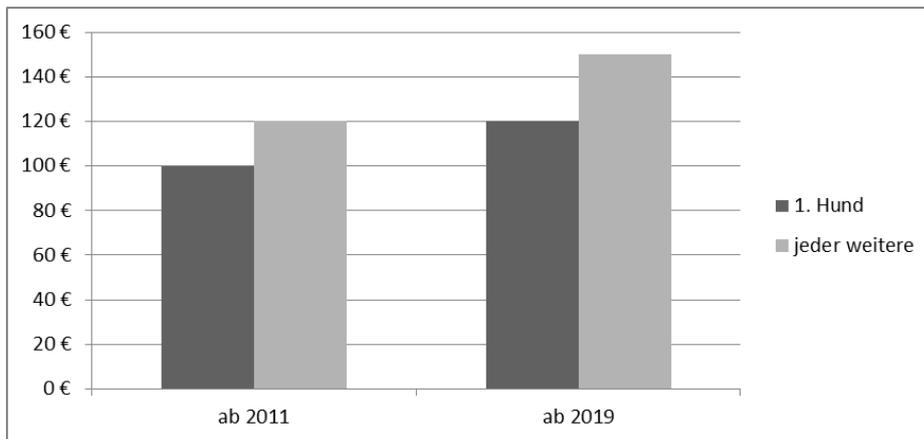
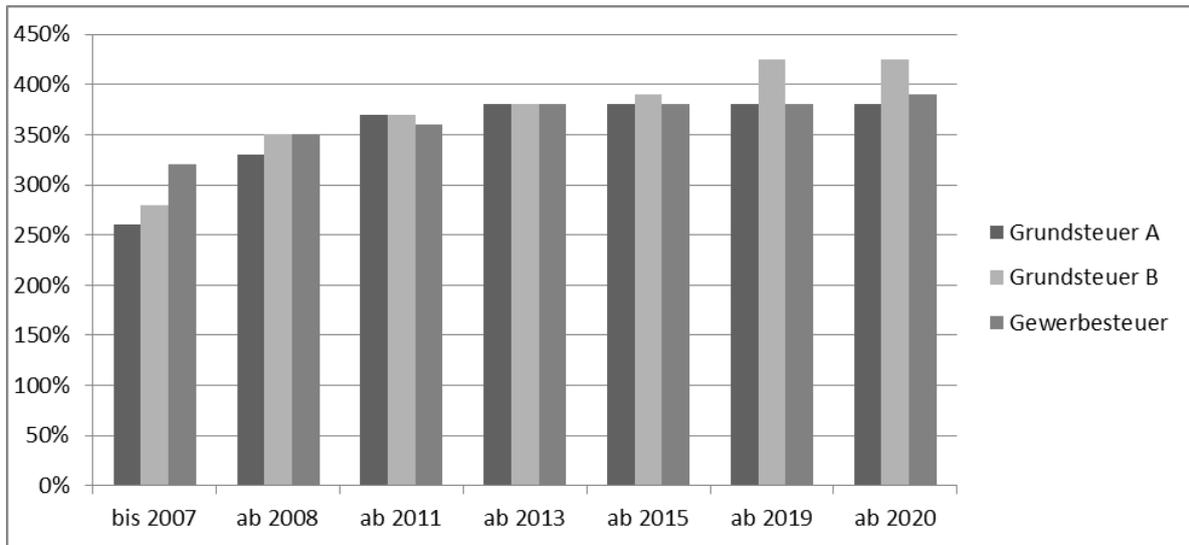


1.10 Zusammenfassung

- Die anhaltende Corona-Lage wird zu weiteren Plan-/Ist-Abweichungen einzelner Produkte führen, Ertragsrückgänge sind weiterhin anhaltend.
- Soweit keine Kompensation von Ergebnisverschlechterungen erfolgen kann, ist die Einleitung von Maßnahmen zur Haushaltssteuerung notwendig.
- Einhaltung des Eckwertebeschlusses (Fortsetzung/Umsetzung Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Beitrag der Fachausschüsse zur Haushaltskonsolidierung) ist absolut zwingend. Erträge müssen im auskömmlichen Rahmen erhoben bzw. darauf angepasst werden. Verzicht auf Aufgaben.
- Die Stadt ist aus eigener Kraft nicht in der Lage, den Haushaltsausgleich sicher zu stellen.
- Zur Sicherstellung der Liquidität ist die Kreditaufnahme im vorgesehenen Umfang erforderlich.
- Reduzierung des Investitionsumfanges, der Investitionsbedarf der Zukunft ist nicht mehr finanzierbar.
- Dauernder und zunehmender Kreditbedarf, Eigenkapitalverzehr.

Der vierteljährliche Budgetbericht zu den einzelnen Produkten wird wie gewohnt im Rahmen der laufenden Info-Vorlagen übersandt.

1.11 Steuerhebesätze



2. Sozialdatenbericht

2.1 Entwicklung der Sozialstaffel- und BuT-Fälle

Entwicklung der Sozialstaffel- und Bildung und Teilhabe (BuT) -Fälle (2. Quartal 2021)						
FD12/111.12-09.04				Stand: 30.06.2021		
Einrichtung	Anzahl betreuter Kinder	Sozialstaffel - Fälle insg.	Anteil Sozialstaffel in %	Anzahl Teilnahme Mittagessen	BuT-Fälle insg.	Anteil BuT in %
Kita Kleiner Anker	35	12	34	0	0	0
Kita Löwenzahn	57	4	7	27	2	7
Kita Schatzkiste	89	40	45	74	28	38
städtische Kitas insg.	181	56	31	101	30	30
Kita Jakobus	35	9	26	k.A.*	k.A.*	k.A.*
Kita Paulus Süd	33	17	52	k.A.*	k.A.*	k.A.*
Kita Paulus-Nord	69	25	36	k.A.*	k.A.*	k.A.*
Kita Noahs Arche	120	28	23	k.A.*	k.A.*	k.A.*
kirchliche Kitas insg.	257	79	31	k.A.*	k.A.*	k.A.*
Kitas insg.	438	135	31	k.A.*	k.A.*	k.A.*
OGT Boy-Lornsen-Grundschule	90	51	57	110	k.A.**	k.A.**
OGT Grundschule West	51	18	35	84	k.A.**	k.A.**
OGT Schulart-übergreifender Ganzttag	62	39	63	335***	59	18
OGT insg.	203	108	53	529	k.A.**	k.A.**
Gesamt	641	243	38	k.A.*	k.A.*/**	k.A.*/**

* Mittag/BuT läuft über das Rentamt.
 ** Zahlen liegen erst ab dem 01.08.2021 nach der Übernahme des OGT's vor.
 *** Regelmäßigkeit aufgrund fehlender Festanmeldungen nicht garantiert. Flexible Teilnahme durch die KeyFobs möglich.

2.2 Entwicklung der Wohngeld- und Asylbewerberfallzahlen

Entwicklung Asylbewerberleistungen 01.01. – 30.06.2021

Die Asylbewerberleistungen sind seit 2018 konstant geblieben. Im 1. Halbjahr 2021 gab es 10 neue Fälle mit 13 Personen. 9 Personen sind als Abgänge durch Umverteilung, Aufenthaltserlaubnis oder als „untergetaucht“ zu verzeichnen. Zu den tabellarisch aufgeführten Fällen kommen noch die Abarbeitung der Änderungen, Sonderzahlungen und Gewährung von Endgeräten und Masken wegen COVID 19, angemietete Wohnungen (ca. 70), Überprüfung und Verlängerung von Untermiet-verträgen und Einweisungen, Umverteilung und Einweisungsaufhebungen von Asylbewerbern nach Satzung und vieles mehr.

Gesamtzahl Fälle Stand 30.06.2020	Stadt Brunsbüttel	Amt Marne-Nordsee	Amt Burg-St. Michaelisdonn
124	64	31	29
Personen			

201	82	57	62
	wohnhaft	wohnhaft	wohnhaft
	170	28	5

Entwicklung Wohngeld 01.01. – 30.06.2021

Die Anzahl der Wohngeldanträge ist ähnlich wie im Vorjahr. Einen zusätzlichen Arbeitsaufwand ergab sich durch die Einführung zum 01.01.2021 mit dem CO²-Zuschlag an alle Wohngeldbezieher. Eine Herausforderung war auch die Umstellung aller Fälle in ein neues Abrechnungsprogramm. Jeder Fall musste neu eingepflegt werden. Das alte Programm wird nicht weiter betrieben. Die Überprüfung der Maßnahme des Ministeriums S-H in Kiel, bis Ende 2021 ein Wohnungskataster aufzustellen, zu führen und zu pflegen ist mit einigen Vermietern und Widersprüchen auch noch nicht ganz abgearbeitet. Es sollten Fristen jährlich gesetzt werden, um eine laufende Überprüfung und Pflege des Wohnungskatasters und der geförderten Wohnungen sicherzustellen.

Wohngeldfälle Stand 30.06.2021	Neue Erstanträge 30.06.2021	Wohnberechtigungsscheine § 8 WoGG
139	26	57

3. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten über Maßnahmen, Veranstaltungen etc. zum 30.06. und Bericht über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Frauenförderplan alle 2 Jahre

1. Umsetzung von Maßnahmen des Frauenförderplans in Zusammenarbeit mit dem des FD Personal und Organisation
 - a. Stellenausschreibungen
 - b. Vorstellungsgespräche
 - c. Berücksichtigung von Personen in Elternzeit
 - d. Rückkehrrecht in Vollzeit
 - e. Teilbarkeit von Arbeitsplätzen
 - f. Checkliste

2. Nachfolgeregelung für die jetzige Gleichstellungsbeauftragte
 - a. Antrag auf Aufnahme einer Teilzeit- 30 Stunden Stelle in den Stellenplan der Stadt aufgrund des nicht zu bewältigenden Arbeitsaufkommens mit derzeit 5 Stunden/Woche
 - b. Gespräche mit dem Bürgermeister zum Thema hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte

- c. Demonstration vor dem Elbeforum zur Ratsversammlung mit dem Ziel, die Politiker*innen von der Notwendigkeit einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im Mittelzentrum und familienfreundlichen Wirtschaftsstandort Brunsbüttel zu überzeugen.
3. Gespräche mit der Personalratsvorsitzenden zu Maßnahmen, die der Gleichstellung von Frauen und Männern dienen z.B. Home-Office
4. Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle Frau & Beruf zu Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitssuchende Frauen
5. Unterstützung der Beratungsstelle Frauen helfen Frauen zur Unterstützung bei der Wiederaufnahme der Beratungen und Durchführung von Kampagnen
6. Information innerhalb der Verwaltung zu geschlechtergerechter Sprache und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
7. Teilnahme an der AG der Gleichstellungsbeauftragten in Dithmarschen und Planung und Durchführung von Veranstaltungen
 - a. Frauen in die Kommunalpolitik – Fortbildungsreihe
 - b. Komm wie Du bist – Ausstellung zum Thema Brustkrebs
 - c. One Billion Rising – Aktion gegen Gewalt
 - d. Umsetzung der Istanbul-Konvention als Aufgabe der Kommunen
 - e. Vorbereitung der Brötchentütenaktion – Nein zu Gewalt
8. Teilnahme an der AG Frauen in der schleswig-Holsteinischen Unterelbe und Planung und Durchführung der Veranstaltungsreihe: Das neue Normal-Digitalisierung in der Arbeitswelt

Den Bereich der Personalauswahl mit Stellenbeschreibungen und Bewerbungen sichten, an Vorstellungsgesprächen teilnehmen, kann die Gleichstellungsbeauftragte aktuell nur punktuell, eher nicht wahrnehmen, da die vorhandenen 5 Stunden die Woche für die Vielzahl der Ausschreibungen und Personalwechsel nicht ausreichen. Eigene öffentliche Veranstaltungen vorzubereiten ist auch nicht möglich. Die Stundenzahl auszudehnen innerhalb der

Vollzeitstelle ist ebenfalls nicht möglich, da durch die Neugestaltung der KiTa-Landschaft auch hier die Zeit knapp ist.

Der Bericht zum Frauenförderplan, der zum 01.07.2020 in Kraft trat, soll alle 2 Jahre erfolgen. Das wird dann der 30.06.2022 sein.

4. Bericht über städtebauliche Konzepte/Stadtsanierungskonzepte

4.1 Städtebauliche Konzepte (bis 30.06. des Jahres)

Konzept	Datum	Link
Energetisches Sanierungskonzept für das Quartier Koogstraße/Beamtenviertel	24.01.2018	https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Energetische_Stadtsanierung/Quartierskonzept/
Rahmenplan zur Entwicklung der Oberen Koogstraße/ Brunsbütteler Straße	25.11.2015	https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Entwicklung_Obere_Koogstraße_Brunsbütteler Straße/
Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK	04.06.2012	https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Integriertes_Stadtentwicklungskonzept_ISEK/
Wohnungsmarktkonzept	Januar 2012	https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Integriertes_Stadtentwicklungskonzept_ISEK/Wohnungsmarktkonzept/
Einzelhandelsuntersuchung	2010	https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Integriertes_Stadtentwicklungskonzept_ISEK/Einzelhandelsuntersuchung/
Bauflächenkataster	Sept. 2019	https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Integriertes_Stadtentwicklungskonzept_ISEK/Bauflächenkataster/
Lärmaktionsplan	2012/2013 2017/2018	https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Lärmaktionsplan/
Rahmenplan „Alter Hafen“	April 2018	https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Stadtplanung_Bürgerbeteiligung/Alter_Hafen_Städtebaulicher_Rahmenplan/

Städtebauliches Konzept Störfallbetriebe in Brunsbüttel	Mai 2020	https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Stadtplanung_Bürgerbeteiligung/Störfallbetriebsbereiche_in_Brunsbüttel/
Städtebauförderung „Beamtenviertel und angrenzende Straßen“		https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Städtebauförderung/Beamtenviertel/
Endbericht Satzung	17.07.2017 30.05.2018	
Städtebauförderung „Brunsbüttel-Ort“		https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/St%C3%A4dtebauf%C3%B6rderung/Brunsb%C3%BCttel_Ort/
Endbericht Satzung	Jan. 2019 26.05.2021	
Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen		https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Erhaltung_und_Gestaltungssatzungen/
Bauleitpläne: Flächennutzungspläne Bebauungspläne Landschaftsplan		https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Bauleitpläne/

4.1.1 Umsetzung der Städtebauförderung 06/2021

4.1.2 Beamtenviertel und angrenzende Straßen:

Der Sanierungsträger, die GOS mbH aus Kiel, ist seit Januar 2020 beauftragt.

Der Stand des Treuhandkontos zum 31.12.2020 betrug: 284.358,15 Euro.
Einnahmen 2020: 694.107,80 Euro
Ausgaben 2020: 479.152,70 Euro

Am 02.12.2020 erhielt die Stadt einen weiteren Förderbescheid in Höhe von 3.720.000 Euro. Es wurden 485.000 Euro an Fördermitteln in 2020 abgerufen.

Am 13.09.2020 erfolgte am Tag des offenen Denkmals eine gemeinsame Informationsveranstaltung des Sanierungsträgers mit dem Sanierungsmanagement für das Energiequartier, der Zebau GmbH, in hybrider Form, also live vor Ort in der Boje-Schule und digital per Videokonferenz. Dazu wurde ebenfalls ein gemeinsamer Infobrief herausgegeben.

Folgende Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung:

1. Gestaltungshandbuch für den Hochbau:
Für das Gestaltungshandbuch für den Hochbau wurde der Auftrag an das Büro Architektur und Stadtplanung aus Hamburg vergeben. Es erfolgte bereits eine Abstimmung mit der unteren Denkmalschutzbehörde und ein Bericht auf der Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit am 18.03.2021 „Denkmalgerechte Sanierung“, die nur digital stattfand. Ein Zwischenstand wurde im Bauausschuss am 15.06.2021 vorgestellt. Das Konzept soll bis Oktober 2021 abgeschlossen werden.
2. Grundstückserwerb Kautzstraße:
Die Gebäude Kautzstraße 3 und 5 wurden zum 01.12.2020 erworben. Das Gebäude Kautzstraße 7 wurde zum 01.05.2021 erworben. Für die Gebäude erfolgt zurzeit eine energetische Untersuchung. Die Ausschreibung für die Beauftragung eines Architekten für die Modernisierungsuntersuchungen laufen.
3. Machbarkeitsstudie Scholerstraße 3 - 5:
Es ergibt sich keine Veränderung zum letztjährigen Bericht.
4. Nachnutzung Bojeschule:
In der Bojeschule wird seit Mai 2020 die Aula als festeingerichteter Sitzungsraum, der den aufgrund der Corona-Pandemie erforderlichen Hygienebestimmungen entspricht, genutzt. Seit Mitte Dezember 2020 wurde dort ein Impfzentrum eingerichtet. Auch Prüfungen der IHK und Schulungen der VHS finden dort zurzeit unter den Corona-Hygienebedingungen statt.
Am 02.06.2021 wurde ein Beschluss gefasst, die Grundschule West bis zum Neubau der Schule am Standort Süderstraße ab Schuljahr 2022/2023

in der Bojestraße unterzubringen. Erst danach kann mit den Ergebnissen aus dem Beteiligungsverfahren fortgefahren werden.

5. WSA – Villa:
Der Bebauungsplan Nr. 73a „Sondergebiet Restaurant/Cafe mit Pension“ ist am 25.11.2020 als Satzung beschlossen worden und am 18.12.2020 inkraftgetreten. Das beabsichtigte Vorhaben wurde noch nicht begonnen.
6. Private Modernisierungsmaßnahmen:
Es laufen Beratungen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern. In 2020 wurden 7 sanierungsrechtliche Genehmigungen für kleinere Baumaßnahmen nach § 144 BauGB erteilt.
7. Gestaltungskonzept Tiefbau:
Das Gestaltungskonzept Tiefbau wurde am 18.08.2020 im Bauausschuss beschlossen. Die Zustimmung für das Konzept aus dem MILIG wurde am 19.03.2021 erteilt. Als erste Maßnahmen wurden die Scholerstraße, die Delbrückstraße und der Marktplatz definiert.
8. Sanierung der Scholerstraße
Für die Sanierung der Scholerstraße haben erste Abstimmungen mit den übrigen Leitungsträgern stattgefunden. Eine Ausschreibung für die Auswahl des Planungsbüros läuft.
9. Tag der Städtebauförderung
Der 8. Mai 2021 als Tag der Städtebauförderung wurde mit zwei digitalen Rundgängen begangen. Bei der Bereitstellung der Technik unterstützte wieder das Sanierungsmanagement. Es wurde eine Präsentation über den digitalen Weg durch das Quartier vom Rathaus, zur WSA-Villa, zur Scholerstraße, zur Delbrückstraße und zum Marktplatz gezeigt.
10. Öffentlichkeitsarbeit
Für die nun anstehenden Projekte wurden zur öffentlichen Information Schilder vorbereitet, die im September aufgestellt werden sollen. Diese entsprechen im Design den Kunst- und Kulturpfaden.
11. Sanierungsrechtliche Genehmigungen
Für 36 Verkaufsvorgänge wurde 2020 im Sanierungsgebiet die sanierungsrechtliche Genehmigung erteilt.
12. Website
Es wurde eine neue Sanierungswebsite erstellt: <http://sanierung-brunsbuettel.de>.

4.1.3 Brunsbüttel-Ort

Es ist kein Sanierungsträger beauftragt. Auf dem Sonderkonto waren am 31.12.2020 noch 68.701,75 Euro.

Am 14.10.2020 wurde der Stand der Vorbereitenden Untersuchungen mit Integriertem Entwicklungskonzept im Ortsbeirat Ort noch einmal vorgestellt. Das Konzept wurde in Absprache mit der Städtebauförderungsabteilung im

Innenministerium nach der ersten Beschlussfassung von 2018 noch etwas überarbeitet. Es musste neu beschlossen werden und anschließend ein Sanierungsgebiet beschlossen werden.

Am 14.12.2020 wurde im Bauausschuss über die Einstellung des Verfahrens beraten. Der Beschluss wurde vertagt. Die Verwaltung wurde beauftragt, Gespräche mit dem MILIG zu führen (VO0261/20). Am 30.03.2021 wurde erneut darüber beraten. Es wurde abgelehnt, das Verfahren einzustellen. Somit wurden am 18.05.2021 im Bauausschuss und am 26.05.2021 in der Ratsversammlung die Vorbereitenden Untersuchungen mit Integriertem Entwicklungskonzept erneut beschlossen und der Bereich als Sanierungsgebiet festgesetzt. Der Beschluss wurde am 04.06.2021 bekanntgemacht. Die Sanierungsvermerke wurden beim Grundbuchamt beantragt. Die Anerkennung des Konzepts und des Sanierungsgebiets wurde beantragt. Die Ausschreibung für den Sanierungsträger wird vorbereitet.

5. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Ratsversammlung und der Ausschüsse über das Programm Allris

5.1 Öffentliche Berichte

Beschlüsse (Fachdienst : beliebig)

	Beschlussgremium	Zeitpunkt	Betreff	Vorlage	Termin	Status
✓	Ö 12.1	Ratsversammlung 26.05.2021	<u>Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Verein Volkshochschulen in Dithmarschen (Historischer Lernort Neulandhalle) und der Stadt Brunsbüttel (Ratsherr Wamser)</u>	<u>VO/0070/2 1-1</u>	30.06.2021 1	30.06.2021 1
<p>Die Zusammenarbeit mit dem Historischen Lernort Neulandhalle wird begrüßt. Der vorliegenden Kooperationsvereinbarung mit dem Verein Volkshochschulen in Dithmarschen wird zugestimmt.</p>						
<p>Die Kooperationsvereinbarung wurde in einer überarbeiteten Fassung (gem. dem Beschluss des BiA) an Herrn Bürgermeister Schmedtje und Herrn Gietzelt zur Unterschrift übergeben, welche zwischenzeitlich erfolgt ist. Ebenfalls wurde der VHS die Ansprechpersonen bei der Stadt mitgeteilt. Auch die VHS hat ihrerseits die Ansprechpersonen mitgeteilt, die den beteiligten Akteuren per Email am 30.06.2021 weitergeleitet worden ist. Die Personalabteilung hat die Kooperationsvereinbarung erhalten. Ein Termin für den Besuch der Neulandhalle für die Auszubildenden während der Einführungswoche im August wurde bereits vereinbart.</p>						
✓	Ö 5	Ratsversammlung 26.05.2021	<u>Schulleiterwahlausschuss; hier: Paritätische</u>	<u>VO/0100/2 1</u>	30.06.2021 1	30.06.2021 1

Besetzung
(Bürgervorsteher
Kunkowski)

Folgende Mitglieder werden aufgrund der paritätischen Besetzung neu gewählt:

CDU-Fraktion:

Frau Iris Dohr anstelle des Herrn Sascha Czora

FDP-Fraktion:

Frau Alexandra Jaschke anstelle des Herrn Werner Engel

Fraktion Graue Panther / Pro Biotop Altenhafen:

Frau Roswitha Rickert anstelle des Herrn Gerd Dorn

Bericht:

Aufgrund des Beschlusses der RV wurde der Schulleiterwahlausschuss im ALLRIS entsprechend angepasst.

✓	Ö 7	Bauausschuss	15.06.202	Bebauungsplan Nr.60	VO/0098/2	16.06.202	23.06.202
			1	"Gemengelage	1	1	1
				Brunsbüttel-Süd" der			
				Stadt Brunsbüttel			
				Aufstellungsbeschluss			

1. Das Verfahren für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 60 „Gemengelage Brunsbüttel-Süd“ für den bebauten Bereich zwischen dem Dithmarscher Ring, dem Wäldchen an der Westertweute, dem ehemaligen Kaligelände und der Cuxhavener Straße und der Bahnhofstraße, der wie folgt umgrenzt wird:

im Norden: durch den Dithmarscher Ring,

im Osten: durch die Steinburgstraße und das Wäldchen an der Westertweute,

im Süden: durch den Wall südlich parallel zu den Grundstücken an der Frischstraße und den Bürgerpark

und

im Westen: durch den Schälgraben, die Cuxhavener Straße und die Bebauung an der Bahnhofstraße

wird gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingeleitet.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

3. Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB (Scoping) wird als Online-Beteiligung durchgeführt.

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 23.06.2021 in der Brunsbütteler Zeitung bekanntgemacht.

✓	Ö 4	Bauausschuss	15.06.202	Gestaltungshandbuch	VO/0110/2	16.06.202	17.06.202
			1	für den Hochbau im	1	1	1
				Sanierungsgebiet			

Beamtenviertel
Zwischenstand
(Vorstellung Herr
Gomes Martinho)

Der Zwischenstand zum Gestaltungshandbuch für den Hochbau wird zur Kenntnis genommen.

Der Zwischenstand wurde zur Kenntnis genommen. Es ist nichts zu veranlassen.

✓	Ö 5.1	Bauausschuss	15.06.202 1	Informelles Rahmenkonzept über Potenzialflächen für Photovoltaik- /Solarenergie- Freiflächenanlagen in Brunsbüttel - Beschluss	VO/0056/2 1-1	16.06.202 1	17.06.202 1
---	-------	--------------	----------------	--	-----------------------------------	----------------	----------------

Das informelle Rahmenkonzept über Potenzialflächen für Photovoltaik-/Solarenergie-Freiflächenanlagen in Brunsbüttel und der Erläuterungsbericht werden gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB als Konzept der städtebaulichen Planung beschlossen.

Das Konzept wird in der nächsten Ratsversammlung vorgelegt.

✓	Ö 6	Bauausschuss	15.06.202 1	41. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Brunsbüttel Aufstellungsbeschluss	VO/0097/2 1	16.06.202 1	23.06.202 1
---	-----	--------------	----------------	---	---------------------------------	----------------	----------------

1. Das Verfahren für die Aufstellung der 41. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich zwischen dem Dithmarscher Ring, der ehemaligen Zufahrt zum Elbehafen, dem Landesschutzdeich, dem Schälgraben, der Cuxhavener Straße und der Bahnhofstraße, der wie folgt umgrenzt wird:

im Norden: durch den Dithmarscher Ring,

im Osten: durch die ehemalige Zufahrt zum Elbehafen in Verlängerung des Koogsweges,

im Süden: durch den Landesschutzdeich und

im Westen: durch den Schälgraben, die Cuxhavener Straße und die Bebauung an der Bahnhofstraße

wird gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingeleitet.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

3. Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB (Scoping) wird als Online-Beteiligung durchgeführt.

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 23.06.2021 in der Brunsbütteler Zeitung bekanntgemacht.

✓	Ö 9	Hauptausschuss	11.05.202 1	Antrag des Seniorenbeirats - Ermäßigung der Hundesteuer	VO/0079/2 1	14.06.202 1	11.06.202 1
---	-----	----------------	----------------	---	---------------------------------	----------------	----------------

Der Hauptausschuss empfiehlt der Ratsversammlung dem Antrag des Seniorenbeirates nicht zu

Die erforderliche Information in den Beteiligungen wird durchgeführt.

✓	Ö 11	Ratsversammlung	26.05.202	Antrag des Seniorenbeirats - Ermäßigung der Hundesteuer (Stadtrat Hollmann)	VO/0079/2	14.06.202	02.06.202
			1		<u>1</u>	1	1

Die Ratsversammlung beschließt dem Antrag des Seniorenbeirates nicht zu folgen.

Beschlusslage zum Vorgang genommen. Seniorenbeirat wird schriftlich über den Beschluss informiert. Keine weiteren Bearbeitungsschritte erforderlich.

✓	Ö 7	Ratsversammlung	26.05.202	Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 (Stadtrat Hollmann)	VO/0082/2	14.06.202	08.06.202
			1		<u>1</u>	1	1

1. Dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschluss vom Hauptausschuss wird zugestimmt.

2. Der Jahresabschluss, bestehend aus

a. der Bilanz,

b. der Ergebnisrechnung,

c. der Finanzrechnung,

d. den Teilrechnungen,

e. dem Anhang mit Anlagen

sowie der Lagebericht werden in der beiliegenden Fassung beschlossen.

3. Der in der Bilanz i. H. v. 5.281.709,70 € festgestellte Jahresüberschuss ist gegen die Ergebnisrücklage zu buchen.

Beschluss umgesetzt.

✓	Ö 9	Ratsversammlung	26.05.202	Beteiligungsmanagement hier: Anpassung der Beteiligungsrichtlinie (Stadtrat Hollmann)	VO/0086/2	14.06.202	09.06.202
			1		<u>1</u>	1	1

Die beiliegende Beteiligungsrichtlinie wird beschlossen. Die neuen Termine zum Beteiligungsberichtsbesen gelten analog auch für die VO/0266/19.

Beteiligungsrichtlinie an Geschäftsführer weitergeleitet.

✓	Ö 8	Ratsversammlung	26.05.202	Gemeinsame Erklärung des Kreises Dithmarschen und der Städte sowie der Gemeinden im Kreis Dithmarschen zur Kreisumlage (Stadtrat Hollmann)	VO/0047/2	14.06.202	11.06.202
			1		<u>1</u>	1	1

Es wird beschlossen,

- a) die als Anlage beigefügte Gemeinsame Erklärung des Kreises Dithmarschen sowie der Städte und Gemeinden im Kreis Dithmarschen zur Kreisumlage,

durch die Stadt Brunsbüttel den Vorsitzenden des Hauptausschusses oder Stellvertreter, für die Besetzung der Strukturkommission als Vertretung für die Selbstverwaltung der Kommunen bis zur Kommunalwahl 2023, zu entsenden.

Der Kreis Dithmarschen wurde offiziell über die Beschlusslage informiert. Unterlagen für die Strukturkommission wurden übermittelt.

✓	Ö 3	Bauausschuss	02.06.202	Planungsstand zum Neubau der Grundschule West	VO/0109/2	07.06.202	17.06.202
			1	Untersuchung zum Standort Süderstraße unter Berücksichtigung alternativer Standorte (In Absprache mit den Vorsitzenden wird die Beschlussvorlage (inkl. der Anlagen) in der 21. KW nachgereicht.)	1	1	1

Es wird beschlossen,

1. die Gebäude am Grundschulstandort Mühlenweg abzurechen und dafür auf dem Gelände die Kita Jacobus mit 4 Gruppen neu zu errichten,
2. die Gebäude am Kita- und Sporthallenstandort Süderstraße abzurechen und dafür auf dem Gelände die Grundschule West mit Sporthalle neu zu errichten.

Die Planungen für 1. und 2. sind fortzuführen und die erforderlichen Schritte (Auswahlverfahren Planer/ARGE/Fachplaner) für die Beauftragung der jeweiligen Planungsleistung vorzubereiten.

Die erforderlichen Schritte für die Umsetzung des Beschlusses werden eingeleitet.

✓	Ö 6	Ratsversammlung	26.05.202	Beteiligungswesen - Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" hier: Fassadensanierung Freizeithallenbad Brunsbüttel (Stadtrat Hollmann)	VO/0103/2	01.06.202	01.06.202
			1		1	1	1

Die Ratsversammlung beschließt die Bereitstellung des kommunalen Eigenanteils bezogen auf den Förderhöchstbetrag von 90 v.H. mithin im Betrage von 77.777,78 € für die im Rahmen des Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ vorgesehene Fassadensanierung des Freizeithallenbades Brunsbüttel.

Die Antragsbearbeitung der Förderung liegt beim Fachbereich 1. Der Beschluss wird von dort den Antragsunterlagen beigelegt.

✓	Ö 13	Ratsversammlung	26.05.2021	Bebauungsplan Nr. 16 "Grünanlage Braake und Bildungszentrum" - 14. Änderung im beschleunigten Verfahren für den Bereich der Koogstraße zwischen Eddelaker Straße und der Straße Am Freizeitbad - Satzungsbeschluss (Stadtrat Wutkowski)	VO/0068/2	01.06.2021	08.06.2021
---	------	-----------------	------------	---	---------------------------	------------	------------

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 14. Änderung des Bebauungsplans Nr. 16 "Grünanlage Braake und Bildungszentrum" im beschleunigten Verfahren für den Bereich der Koogstraße zwischen Eddelaker Straße und der Straße Am Freizeitbad abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit folgendem Ergebnis geprüft:

a) Berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Abwasserentsorgung Brunsbüttel GmbH
- Stadtwerke Brunsbüttel

b) Teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein
- Kreis Dithmarschen, Untere Naturschutzbehörde
- Kreis Dithmarschen, Brandschutzdienststelle

c) Nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Industrie- und Handelskammer zu Flensburg, Heide
- Kreis Dithmarschen, Regionalentwicklung
- Landeskriminalamt
- Vodafone Kabel Deutschland GmbH
- 50Hertz Transmissions GmbH
- NABU Naturschutzbund Deutschland

d) Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Anregungen oder Bedenken bzw. Hinweise geäußert:

- Abfallwirtschaftsgesellschaft Dithmarschen mbH
- Deutsche Telekom Technik GmbH
- Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Technischer Umweltschutz
- Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
- Wasserverband Süderdithmarschen
- Amt Burg-St. Michaelisdonn
- Amt Marne-Nordsee

Das Bauamt wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem

Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, aber weder Anregungen noch Bedenken hatten, werden in der Abwägung nicht berücksichtigt, aber von dem Satzungsbeschluss in Kenntnis gesetzt.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird die 14. Änderung des Bebauungsplans Nr. 16 "Grünanlage Braake und Bildungszentrum" im beschleunigten Verfahren für den Bereich der Koogstraße zwischen Eddelaker Straße und der Straße Am Freizeitbad, die wie folgt umgrenzt wird:

Im Norden: durch die nordöstliche Grenze der Grundstücke Eddelaker Straße Nr. 10 und Koogstraße Nr. 1/Eddelaker Straße 2, durch die nordwestliche Grenze des Gemeinschaftsstellplatzes und durch die nordöstliche und weiter die nordwestliche Grenze der Straße Am Freizeitbad bis zur südwestlichen Grundstücksgrenze des Freizeitbades,

im Osten: durch die östliche Grenze der Straße Am Freizeitbad,

im Süden: durch die südliche Grenze der Koogstraße und

im Westen: durch die westliche Grenze der Eddelaker Straße

bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung beschlossen.

3. Die Begründung mit ihren Anlagen 1 und 2 wird gebilligt.
4. Der Beschluss der Bebauungsplanänderung durch die Ratsversammlung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo die Planänderung mit Begründung während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass die rechtskräftige Bebauungsplanänderung und die Begründung ins Internet unter der Adresse „https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Bauleitpläne/Bebauungspläne/“ eingestellt und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich sind.
5. Der Bürgermeister wird beauftragt, den F-Plan zu berichtigen (§ 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB)

Der B-Plan wurde ausgefertigt und am 8.6.2021 bekanntgemacht. Damit tritt der Plan am 9.06.2021 in Kraft.

	Ö 14	Ratsversammlung	26.05.2021	Städtebauförderung Brunsbüttel-Ort - Erneuter Beschluss des angepassten Abschlussberichtes Vorbereitende Untersuchungen und Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept - Beschluss der Sanierungssatzung (Stadtrat Wutkowski)	VO/0069/2 1	01.06.2021	02.06.2021
			1		1	1	1

Die Vorbereitenden Untersuchungen und das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept

„Brunsbüttel-Ort“ inklusive der Anlagen 1 bis 5 werden beschlossen.

.. Aufgrund des § 142 Abs. 3 BauGB wird das Gebiet „Brunsbüttel-Ort“ als Sanierungsgebiet beschlossen. Das Gebiet wird wie folgt umgrenzt:

Im Südosten:

durch die südliche Bebauung des Mühlenweges bis zum Fleth Lehwettern einschließlich des Gehwegs zur Straße Am Osteriff, durch das südliche Ufer des Flethes Lehwettern sowie das nördliche Ufer des Großen Bellmer Flethes und durch die östliche Bebauung der Deichstraße bis zur Amrumer Straße

im Südwesten:

durch die westliche Bebauung der Deichstraße, die Grenzen des Friedhofs, die westliche Bebauung des Marktes, der Reichenstraße und des Ochsenmarktes bis einschließlich Flurstück 40/1 der Flur 1,

im Nordwesten:

durch die östliche Bebauung des Ochsenmarktes und die nördliche Bebauung der Straße Am Katharinenkrug und

im Nordosten:

durch das südliche Ufer des Flethes Lehwettern bis zur nördlichen Bebauung der Sackstraße, durch die nördliche Bebauung der Sackstraße bis einschließlich Flurstück 79/3 der Flur 6.

Die genaue Abgrenzung des Sanierungsgebietes ist dem Lageplan (Anlage 1 der Sanierungssatzung) und der Auflistung der betroffenen Flurstücke (Anlage 2 der Sanierungssatzung), die Bestandteil der Sanierungssatzung sind, zu entnehmen.

- !. Die Sanierung ist innerhalb der Frist von 15 Jahren ab diesem Beschluss durchzuführen. Die Frist kann bei Bedarf durch Beschluss verlängert werden.
- l. Der Beschluss der Sanierungssatzung durch die Ratsversammlung ist nach § 143 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo die Satzung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Auf die Vorschriften des Dritten Abschnitts des BauGB wird hingewiesen.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Sanierungsträger auszuschreiben und zu beauftragen.

Satzung wird ausgefertigt und bekanntgemacht.
Anträge an das Grundbuchamt werden übersandt.
Ausschreibung wird vorbereitet.

✓	Ö 6	Bauausschuss	22.04.202	Informelles Rahmenkonzept über Eignungsgebiete für Photovoltaik-/Solarenergie-Freiflächenanlagen in	VO/0056/2	31.05.202	02.06.202
			1		<u>1</u>	1	1

Brunsbüttel - Beschluss

Der überarbeitete Plan wird dem Bauausschuss erneut vorgelegt.

	Ö 5	Bauausschuss	22.04.202	Auf dem Deiche: Ausbau des unteren Deichweges (Vorstellung Büro Bornholdt)	VO/0059/2 <u>1</u>	23.04.202	28.04.202
			1			1	1

Es wird beschlossen, der Erstellung einer Deichüberfahrt unterhalb des Gebäudes „Auf dem Deiche 17“ und dem Ausbau der Schotterstraße parallel der Bebauung „Auf dem Deiche 17 – 5“ sowie der Erneuerung der in Richtung Süden verlaufenden Zuwegung zu den Grundstücken „Altenhafen 1, 3 und 5“ und dem Rückbau der vom Blumenring auf den Deich führenden, maroden Wege zuzustimmen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll in dem vorgestellten Umfang erfolgen.

Der Ausbau wird entsprechend des Beschlusses beauftragt und durchgeführt.

6. Personalbericht

6.1 Entwicklung Zahlen der Mitarbeiter*innen

	Stand 31.12.2019	Stand 30.06.2020	Stand 30.06.2021
Gesamtzahl Mitarbeiter*innen	270	265	269
davon männlich	101	96	97
davon weiblich	169	169	172
davon Beschäftigte*	233	230	236
davon Beamte*	23	18	17
davon Anwärter*innen		6	1
davon Auszubildende*	13	11	15
davon in der Kernverwaltung (Rathaus, Verwaltungsgebäude)	90	91	99
davon in Außenstellen (Bauhof, Bücherei, Schulen, Kindertagesstätten, Toursit-Info, Hallenbad, Mehrgenerationenhaus, u.a.)	180	174	170
Zahl der Teilzeitarbeitsverhältnisse	136	138	135
Zahl der Mitarbeiter*innen in Elternzeit	6	5	7
Zahl der Mitarbeiter*innen mit Schwerbehinderung	14	13	16

6.2 Entwicklung der Personal- und Personalnebenkosten

Personalkosten	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019	Stand 30.06.2020	Stand 30.06.2021
Aufwendungen	€10.109.522,39	€11.167.567,57	€ 12.519.455,20	5.426.617,22	6.439.532,67
Zuführung Rückst. LOB /UE/Urlaub	€0,00	€0,00	€0,00	€0,00	€0,00
Aufwendungen	€10.109.522,39	€11.167.567,57	12.519.455,20	5.426.617,22	6.439.532,67
abzgl. Erträge	€2.088.102,46	€2.951.292,46	2.077.519,74	1.260.948,62	1.685.213,26
Nettopersonalkosten	€8.021.419,93	€8.216.275,11	10.441.935,46	4.165.668,60	4.754.319,41

6.3 Entwicklung der Kosten für die Leistungsorientierte Bezahlung (LOB)

	2019	2020	2021
Zahlung LOB gem. §18 TVÖD	€101.225,36	€113.674,35	€ 133.978,77
Arbeitgeberanteil an Sozial- und Zusatzversicherung	€24.359,77	€34.102,34	€34.539,73
Gesamt	€125.585,13	€ 147.776,69	€ 168.518,50

6.4 Daten Ausbildung und Praktika

Zahl der Auszubildenden* und Anwärter*innen	1. Ausbildungsjahr	2. Ausbildungsjahr	3. Ausbildungsjahr
Verwaltungsfachangestellte/r	3	3	3
Bauzeichner/in	0	1	0
IT-Systemkaufmann/frau	1	0	1
Kaufmann/-frau für Tourismus und Freizeit	0	0	1
Gartenwerker/in	0	1	1
Anwärter/in All. Verwaltung	0	0	0
Brandmeisteranwärter	0	0	0

Zahl der Praktikanten*innen	Stand 31.12.2019	Stand 30.06.2020	Stand 30.06.2021
Zahl der Praktikanten*innen aus weiterführenden Schulen und anderen Bildungseinrichtungen	35	7	13

6.5 Arbeitssicherheit

Die arbeitsmedizinische Betreuung der städtischen Mitarbeiter erfolgt durch die BAD Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH sowie der Amtsärztin des Kreises Dithmarschen.

Zahl der Sitzungen	Stand 31.12.2019	Stand 30.06.2020	Stand 30.06.2021
Zahl der Sitzungen	2	--	1

6.6 Ausblick

Der aktuelle Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst wurde ab 01.09.2020 bis zum 31.12.2022 verlängert. Für die Beschäftigten ergab sich eine Entgelterhöhung in 2 Stufen nach 8 Monaten Verzögerung. Für das Jahr 2020 gab es keine Erhöhung. Seit dem 01.04.2021 gab es eine Erhöhung von 1,4% und ab April 2022 erfolgt eine weitere Erhöhung um 1,8%. Die Gehälter der Beamten wurden zum 01.01.2021 um 1,29 % erhöht lt. Gesetz zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig Holstein.

Weiterhin wird die Zielsetzung verfolgt, neben dem Personalabrechnungsverfahren und dem Mitarbeiterportal über dPersonalmanagement noch weitere Module anzubinden. Zwischenzeitlich ist die Anbindung der Zeitwirtschaft für die Mitarbeitenden erfolgt. Ziel ist es auch das Modul der Reisewirtschaft zu übernehmen. Die Einführung der Personalkostenhochrechnung über dPersonalmanagement wird weiterverfolgt.

Des Weiteren wird an der Umsetzung der Erstellung einer Dienstvereinbarung/Dienstanweisung über ein einheitliches

Beurteilungswesen gearbeitet um mehr Transparenz für die Beamten und Beschäftigten zu erreichen. Die dienstliche Beurteilung soll die Möglichkeit bieten, Entscheidungen über den weiteren beruflichen Einsatz und das berufliche Fortkommen am Grundsatz der Bestenauslese auszurichten. Auf dieser Grundlage ist danach eine Dienstvereinbarung über den verkürzten Stufenaufstieg für Tariflich Beschäftigte geplant.